

#ZeroCovid und Anti-Covid effektiv – eine Synopse

von: systematisch gegen das system

Vor einer Woche wurde der Aufruf „#ZeroCovid: Für einen solidarischen europäischen Shutdown“ veröffentlicht (vgl. dazu bspw. [de.indymedia vom 17.01.2021](#) [Contra #Zero Covid] und dazu wiederum: [Jungle World vom 21.01.2021](#) [könnte „in manchen Passagen sogar Ulf Poschardt gefallen“]).

Inzwischen gibt es einen [Alternativvorschlag](#): Dem Gesundheitsschutz Vorrang geben – Betriebe schließen – Spaziergangsverbote ad acta legen! (Anti-Covid_effektiv [#ACe]).

Ich habe mir die Mühe gemacht, beide Texte im Detail zu vergleichen: siehe untenstehende Tabelle.

1. Beide Texte stimmen in der Forderung, „Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen“ (so die Worte von Zero Covid), über ein.

2. „ZeroCovid“ beteuert abstrakt: „Es gibt keinen Gegensatz zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung einerseits und der Verteidigung demokratischer Rechte und des Rechtsstaats andererseits.“

„Anti-Covid effektiv“ fordert konkret: „14. wo bestehend, die Aufhebung nicht pandemie-bekämpfungsdienlicher Vorschriften, wie Verbote nachts alleine oder mit Angehörigen des eigenen Haushalts Joggen oder Spazieren zu gehen; 15. die realistische Formulierung von Regelungen, die zwar pandemie-bekämpfungsg geeignet sind, aber sich eh nicht effektiv kontrollieren und durchsetzen lassen, als *das*, was sie sind: als *Empfehlungen und Bitten* – statt mit der (in dem Fall: leeren) obrigkeitsstaatlichen Geste des Ge- oder Verbotes.“

3. Der Schwachpunkt beider Texte betrifft die Frage, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollen.

„ZeroCovid“ bekundet zwar vollmundig, „Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen“ – ohne sich aber damit auseinanderzusetzen, dass die Belegschaften in der BRD auch schon vor Covid-19 nicht sonderlich kämpferisch waren.

In einem Begleittext zu „Anti-Covid effektiv“ wird die Ratlosigkeit in Bezug auf diese Frage ziemlich offen eingestanden:

„Die Frage, wie allgemein eine politische Kampagne unter

den Bedingungen der Pandemie und speziell mit den in Rede stehenden Inhalten aussehen kann, haben die InitiatorInnen von Covid-19 nicht beantworten können. [...]. In irgendeinem Tweet hatte ich gelesen, daß an den Vorbereitungsdiskussionen für ZeroCovid der Wissenschaftliche Beirat von ATTAC sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt waren. Was die akademische Creme der Linken in der BRD nicht lösen konnte, konnte ich jetzt auch nicht in weniger als einer Woche (seit Veröffentlichung von ZeroCovid) lösen. Daher erschien mir sinnvoll, aus dem ZeroCovid-Aufruf die Forderungen zu exzerpieren, die den Infektionsschutz verbessern, dem Kapital zwar wehtun würden, aber nicht von vornherein in einem (logischen / zwangsläufigen) Widerspruch zur kapitalistischen Produktionsweise stehen – und die Bewegungs-Lyrik drumherum wegzulassen. **Dies beantwortet zwar noch nicht die Frage, wie diese Forderungen durchgesetzt werden können.** Aber die Frage nach der Durchsetzung wissen Linke heutzutage in Bezug auf *meisten* ihrer Forderungen nicht zu beantworten. Aber Forderungen stellen Linke – stellt auch die autonome Linke – ständig: Dieses Hausprojekt soll nicht geräumt werden; jene Kneipe soll nicht geräumt werden; die Bullen soll sich aus der Demo zurückziehen; dieses Ermittlungsverfahren soll eingestellt oder jene Zwangsräumung unterlassen werden. Daran ist auch gar nichts auszusetzen: [...].“ (http://www.trend.infopartisan.net/trd0121/FAQ_zu_Anti-Covid-Effekt_effektiv.pdf, Seite 2)

Könnte unterzeichnen deshalb „[Sünde sein](#)“?

	ZeroCovid	Anti-Covid_effektiv
Motto	#ZeroCovid	Anti-Covid_effektiv (#ACe)
Überschrift	Für einen solidarischen europäischen Shutdown	Dem Gesundheitsschutz Vorrang geben – Betriebe schließen – Spaziergangsverbote ad acta legen!
1	<p>1. [...] Wir schränken unsere direkten Kontakte auf ein Minimum ein und zwar auch am Arbeitsplatz. Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden. [...]</p> <p>2. [...] Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig.</p>	<p>1. die Schließung aller Produktionsstätten und ähnlichen Betriebe, in denen nicht für den täglichen Bedarf gearbeitet wird;</p> <p>2. die Verpflichtung der Unternehmen zur Lohnfortzahlung (im Falle des Konkurses der Unternehmen hat eine staatliche Entschädigung an Stelle der Lohnfortzahlung zu treten);</p> <p>3. die Aufschiebung auch der Büroarbeiten, die nicht unmittelbar notwendig sind (statt deren Verlagerung in die Wohnsphäre) – ebenfalls bei Verpflichtung der Unternehmen und Behörden zur Entgeltfortzahlung;</p> <p>4. die Einführung eines Rechts von abhängig Beschäftigten, in eigener Sachkenntnis zu entscheiden, ob die von ihnen auszuführenden, unaufschiebbaren Arbeiten auch von zu Hause erledigt werden können; (*)</p> <p>5. die Verpflichtung der Unternehmen, die dafür erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Kosten zu übernehmen (Dienst-Computer; Dienst-Telefon; Kommunikationskosten etc.) und die teilweise Zweckentfremdung von Wohnungen in Form eines Mietzuschusses zu erstatten;</p> <p>6. in den notwendigerweise geöffnet bleibenden Betrieben und Behörden regelmäßige Kontrollen auf die Einhaltung von Gesundheits- und Arbeitsschutzvorschriften durchzuführen;</p> <p>(*) Falls für erforderlich gehalten, könnte den Unternehmen und Behörden ermöglicht werden, bei den Arbeitsgerichten Antrag auf Feststellung, daß die fraglichen Arbeiten sehr wohl nur vom Büro aus erledigt werden können, zu stellen; die Verfahrenskosten beider Seiten wären allerdings auch im Erfolgsfalle des Antrages von dem Unternehmen oder der Behörde zu tragen.</p>
2	<p>2. [...] Die Menschen, die von den Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind, werden besonders unterstützt – wie Menschen mit niedrigen Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose. Sammelunterkünfte müssen aufgelöst, geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden.</p>	<p>7. die Sammelunterkünfte für Geflüchtete aufzulösen und Rest-Freiheitsstrafen von weniger als einem halben Jahr zu amnestieren;</p> <p>8. die Beschlagnahmung leerstehender Hotels und Ferienwohnungen, um zügig Geflüchtete und Strafentlassene mit mehr Platz pro Person unterbringen zu können und Infizierten und eventuell Infizierten – auf Wunsch – ermöglichen zu können, sich getrennt von ihren Haushaltsangehörigen in Quarantäne begeben zu können, sodaß letztere nicht gefährdet werden;</p>
3	<p>2. [...] Menschen, die im Shutdown besonders viel Betreuungs- und Sorgearbeit leisten, sollen durch gemeinschaftliche Einrichtungen entlastet werden. Kinder erhalten Unterricht online, notfalls in Kleingruppen.</p>	<p>9. die Prüfungen an Schulen und Universitäten auszusetzen und das laufende Schuljahr in den Jahren 2021/22 für alle SchülerInnen zu wiederholen und das kommende Sommersemester an Universitäten auf den Winter zu verschieben (das Sommersemester kann statt dessen, soweit epidemiologisch vertretbar, zur Nachholung oder außerordentlichen Wiederholung von Prüfungen verwendet werden) sowie BaFöG-Zahlungen entsprechend zu verlängern;</p> <p>10. [...] sowie eines Sonder-Erziehungsgeldes von 500 Euro/Monat für die Dauer von Schul- bzw. Kita-Schließungen für Eltern mit Kindern unter 14 Jahren und einem unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen;</p>
4	<p>3. [...] Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. Dies gilt auch für Gesundheitsämter und Behörden, die für das Verfolgen der Infektionsketten zuständig sind. Das Personal muss in diesem Bereich aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuheben.</p>	<p>10. ein Entgeltzuschlag von 50 % für die Krankenhausbeschäftigten vom 1. Oktober 2020 bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Zahl der Covid-19-IntensivpatientInnen dauerhaft wieder unter 300 sinkt,</p>
5	<p>4. [...] Öffentliche und private Unternehmen müssen umgehend die erforderliche Produktion von Impfstoffen vorbereiten und durchführen. Impfstoffe sollten der privaten Profiterzielung entzogen werden. Sie sind ein Ergebnis der kreativen Zusammenarbeit vieler Menschen, sie müssen der gesamten Menschheit gehören.</p>	<p>12. die Zwangslizenzierung (= Erteilung der Befugnis zur Benutzung einer Erfindung auch ohne Zustimmung des/r ErfinderIn) der zugelassenen und künftig zugelassen werdenden Impfstoffe, um zusätzliche Produktionskapazitäten aufzubauen, sowie die weltweit gleichmäßige Verteilung der Impfstoffe nach Bevölkerungszahl;</p>
6	<p>5. [...] Die notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld. Die Gesellschaften in Europa haben enormen Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind die umfassende Arbeitspause und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. Darum verlangen wir die Einführung einer europaweiten Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.</p>	<p>13. die Erhebung einer progressiven Covid-19-Abgabe auf Vermögen von mehr als 500.000 Euro sowie Einkommen und Unternehmensgewinnen von mehr 100.000 Euro im Jahr zur Finanzierung der pandemie-bedingten Ausgaben des Staates und der Sozialversicherungen sowie zur vorzeitigen Tilgung der pandemie-bedingt zusätzlich aufgenommenen staatlichen Kredite;</p>
7	<p>Es gibt keinen Gegensatz zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung einerseits und der Verteidigung demokratischer Rechte und des Rechtsstaats andererseits. Demokratie ohne Gesundheitsschutz ist sinnlos und zynisch. Gesundheitsschutz ohne Demokratie führt in den autoritären Staat. Die Einheit von beidem ist der entscheidende Schlüssel zu einer solidarischen ZeroCovid-Strategie.</p>	<p>14. wo bestehend, die Aufhebung nicht pandemie-bekämpfungsdienlicher Vorschriften, wie Verbote nachts alleine oder mit Angehörigen des eigenen Haushalts Joggen oder Spazieren zu gehen;</p>
8	<p>Es gibt keinen Gegensatz zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung einerseits und der Verteidigung demokratischer Rechte und des Rechtsstaats andererseits. Demokratie ohne Gesundheitsschutz ist sinnlos und zynisch. Gesundheitsschutz ohne Demokratie führt in den autoritären Staat. Die Einheit von beidem ist der entscheidende Schlüssel zu einer solidarischen ZeroCovid-Strategie.</p>	<p>15. die realistische Formulierung von Regelungen, die zwar pandemie-bekämpfungs-geeignet sind, aber sich eh nicht effektiv kontrollieren und durchsetzen lassen, als das, was sie sind: als Empfehlungen und Bitten – statt mit der (in dem Fall: leeren) obrigkeitstaatlichen Geste des Ge- oder Verbotes.</p>
9	<p>Wir wollen die politische Lähmung in Bezug auf Corona überwinden. Wir wollen uns auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz für den nötigen solidarischen ZeroCovid-Strategiewechsel sammeln.</p>	<p>Es wäre einfach, den ‚Wunschzettel‘ noch zu verlängern, aber dies sind die dringlichsten unserer Forderungen für die nächsten Wochen.</p>